

Außenwirtschaft aktuell



IHK LÜNEBURG
WOLFSBURG

11

2024

Seminare	4
04.11.2024	Gelangensbestätigung & Co. 4
06.11.2024	Zollanmeldungen mit IAA Plus erstellen 4
11.11.2024	Exportmanager (IHK) 4
19.11.2024	Dokumente im Außenhandel verstehen und sicher ausfüllen 4
05.12.2024	Lieferantenerklärungen 4
10.12.2024	Warenursprung und Präferenzen 5
11.12.2024	Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer 5
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	5
04.11.2024	Brennpunkt Nahost..... 5
04.-08.11.2024	Geschäftsanhaltungsreise nach Kanada 5
06.-07.11.2024	Lateinamerika-Tag in Hamburg 6
11.11.2024	Dialogreihe #FaireLieferketten 6
20.-21.11.2024	2. Deutsch-Türkische Wiederaufbaukonferenz in Gaziantep/Türkei 6
25.11.2024	EUDR kompakt 6
01.-04.12.2024	Delegationsreise mit Bundesminister Habeck nach Kenia 7
03.12.2024	Brennpunkt zur US-Wahl 2024 7
10.-15.12.2024	Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Nigeria und Südafrika 7
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	8
	Brasilien: Höhere Importzölle für zahlreiche Produkte 8
	Belgien: Neugestaltung des Zivilrechts 8
	China: Antidumpingzölle auf Weinbrand aus der EU..... 8
	China: Neue Negativliste für ausländische Investitionen 8
	China: Praxisleitfaden zu CBAM 9
	Deutschland: BMWK aktualisiert Hinweise zur Sanktionsumgehung 9
	Deutschland: Implementierung von NCTS Phase 5 in ATLAS verzögert sich 9
	Ecuador: Niedrige Importabgaben für Stromerzeuger 9
	EU: Aktualisierte Liste nicht kooperativer Länder für Steuerzwecke..... 10
	EU: Europäische Kommission schlägt Verschiebung der EUDR vor 10
	EU: Konsultation – geografische Angaben aus Georgien 10
	EU: Neue Einreihungsentscheidungen bei der Kombinierten Nomenklatur 10
	EU: Verlängerung der Sanktionen gegen Guinea und Nicaragua 11
	EU: Verwendung tatsächlicher CBAM-Emissionsdaten 11

Italien: Baustellenpunktführerschein ist Pflicht.....	11
Kenia: Einführung des Digital Nomad Visum	11
Libyen: Exporte müssen vorab registriert werden.....	12
USA: Drohende Meldefrist beim Corporate Transparency Act.....	12
USA: Fünf Bundesstaaten entscheiden über Erhöhung des Mindestlohns	12
USA: Updates zu Schutzzöllen und definierten Ausnahmen	12
Vereinigte Arabische Emirate: Beglaubigung von Dokumenten im neuen eDAS-System	13
Vereinigtes Königreich: Sicherheitsanmeldungen für EU-Importe erst 2025 verpflichtend	13
Ländernotizen	13
Argentinien: Pharmaindustrie hofft auf bessere Zeiten	13
Brasilien: Weiterhin attraktiver Investitionsstandort	14
Chile: Spürbare Präsenz von China	14
Litauen: Standort für Investitionen aus dem Ausland	14
Mexiko: Intensiver Wettbewerb um Fachkräfte.....	15
Neuseeland: Modernisierung des Flughafens Auckland nimmt Fahrt auf.....	15
Polen: Regierung will Mindestabstand für Windkraftanlagen lockern	16
Saudi-Arabien: Medizintechnikmarkt wächst kräftig.....	16
Slowakei: Fachkräftemangel in der Chemieindustrie	16
Thailand: Nachfrage nach Agrartechnik.....	16
Tschechien: Milliardenhilfen für Hochwassergebiete	17
Veröffentlichungen	17
Asien-Pazifik-Sonderauswertung des AHK World Business Outlook Herbst 2024.....	17
DIHK-Außenwirtschaftsreport 2024	17
DIHK-Impulspapier zum Westbalkan	17
Ideenpapier der IHK-Organisation zur Exportkontrolle	18
Herbstumfrage zur Stimmung in der deutsch-britischen Wirtschaft.....	18
Studie zur Unterbrechung von Lieferketten	18
Verschiedenes	18
Bericht: EU-Handelsschutz sicherte eine halbe Million Arbeitsplätze	18
Verbundprojekt zur Automobil- und Zulieferindustrie in Marokko.....	19
Webinar-Reihe „EPR Reporting & Compliance in Frankreich, Deutschland und Europa“	19
Impressum	19

Seminare

04.11.2024 Gelangensbestätigung & Co.

Themen dieses Seminars sind die aktuellen Nachweispflichten für Umsatzsteuerzwecke. Insbesondere werden Verbringungs nachweise, Sonderregeln für innergemeinschaftliche Reihen- und Dreiecksgeschäfte und Dokumentationspflichten besprochen. Somit bietet das Seminar kompakte Informationen für Mitarbeiter in den Abteilungen Finanzbuchhaltung, Vertriebsinnendienst, Export- und Versandabwicklung. [Weitere Informationen und Anmeldung](#)

06.11.2024 Zollanmeldungen mit IAA Plus erstellen

IAA Plus ist die Internetausfuhranmeldung der deutschen Zollverwaltung und wird von vielen deutschen Unternehmen genutzt. Das Seminar führt in das IT-System ein und zeigt die Änderungen von ATLAS 3.0 auf. Zielgruppen sind Sachbearbeiter aus den Abteilungen Vertriebsinnendienst, Export- und Versandabwicklung. Grundkenntnisse im Bereich Zoll werden vorausgesetzt. [Weitere Informationen](#)

11.11.2024 Exportmanager (IHK)

Dieser Lehrgang vermittelt Ihnen Kompetenzen, die Sie für eine internationale Handelstätigkeit benötigen. Neben Basiswissen gewinnen Sie ein vertiefendes Grundverständnis für außenwirtschaftliche und zollrechtliche Zusammenhänge. Als Exportmanager sind Sie in der Lage Außenhandelsgeschäfte zu planen, zu organisieren, zu kalkulieren und erfolgreich durchzuführen. Weitere Details und Anmeldung unter [Exportmanager \(IHK\)](#)

19.11.2024 Dokumente im Außenhandel verstehen und sicher ausfüllen

Im grenzüberschreitenden Warenverkehr gibt es eine Vielzahl von Dokumenten, die von Unternehmen auszufüllen sind. Dazu gehören u.a. Handelsrechnungen, Pro-Forma-Rechnungen, Packlisten, Lieferscheine, Warenverkehrsbescheinigungen und Ursprungszeugnisse. Im Seminar erhalten die Teilnehmer Ausfüllanleitungen zu den wichtigsten Dokumenten und lernen Beispielfälle kennen. Somit richtet sich das Seminar an Mitarbeitende der Bereiche Import, Einkauf und Logistik sowie Vertrieb, die ihre Kenntnisse im Außenhandel ausbauen oder wiederauffrischen möchten. Details finden Sie [hier](#).

05.12.2024 Lieferantenerklärungen

Im Seminar lernen die Teilnehmer, wie sie Lieferantenerklärungen verstehen, ausstellen und richtig anwenden. Besonderen Fokus liegt dabei auf die Langzeit-Lieferantenerklärungen, präferentielle Ursprungsregeln und Gestaltungsspielräumen. Das Seminar richtet sich an Mitarbeitende der Bereiche Import, Einkauf und Logistik sowie Vertrieb, die ihre Kenntnisse ausbauen oder wiederauffrischen möchten. [Weitere Informationen](#)

10.12.2024 Warenursprung und Präferenzen

Das Seminar behandelt die Dokumentation von Ursprungsregeln, um von Zollpräferenzen beim Export in Ländern außerhalb der EU-Gebrauch zu machen. So können Unternehmen von Zollvergünstigungen oder sogar vollständiger Zollfreiheit profitieren. Zielgruppe sind Mitarbeitende und Sachbearbeiter in der Export- und Versandabwicklung. [Weitere Informationen und Anmeldung](#)

11.12.2024 Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer

Im Seminar werden die wichtigsten Dokumente der Zollabwicklung vorgestellt. Teilnehmer lernen anhand von konkreten Praxisfällen und mit Hilfe von Checklisten und Ausfüllanleitungen die Regelungen des Unionszollkodex und des Außenwirtschaftsgesetz kennen. Das Seminar richtet sich an Mitarbeiter und Sachbearbeiter in der Export- und Versandabwicklung. [Weitere Informationen und Anmeldung](#)

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

04.11.2024 Brennpunkt Nahost

Am 4. November von 17:00 bis 18:30 Uhr lädt die IHK Lüneburg-Wolfsburg zu einer digitalen Veranstaltung ein, um die wirtschaftliche Lage im Nahen Osten ein Jahr nach dem Anschlag der Terrorgruppe Hamas auf Israel zu beleuchten. Der Konflikt hat zu erheblichen Spannungen geführt, die sowohl israelische als auch deutsche Unternehmen in der Region stark belasten. Um die Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die regionale Wirtschaft besser zu verstehen, diskutiert die IHKLW gemeinsam mit den Geschäftsführern der Außenhandelskammern in Israel und Saudi-Arabien über die aktuellen Entwicklungen. Die Veranstaltung findet online statt. Eine Anmeldung ist über www.ihklw.de/BrennpunktNahost möglich.

04.-08.11.2024 Geschäftsanbahnungsreise nach Kanada

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) organisiert die Enviacon International GmbH in Zusammenarbeit mit der AHK Kanada eine Geschäftsanbahnungsreise für deutsche Unternehmen aus dem Bereich der Aus- und Weiterbildung mit dem Schwerpunkt auf Wasserstoff und Windkraft. Besucht werden die Städte Halifax, Hauptstadt der Provinz Nova Scotia im Nordosten Kanadas, und Toronto, die größte Stadt Kanadas und Hauptstadt der Provinz Ontario. Die Reise richtet sich primär an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der Aus- und Weiterbildung in Deutschland und wird vom BMWK im Rahmen eines Markterschließungsprogramms gefördert. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal zwölf Unternehmen begrenzt. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge der Anmeldungen berücksichtigt, KMU haben Vorrang vor Großunternehmen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Internetseite der Enviacon International](#).

06.-07.11.2024 Lateinamerika-Tag in Hamburg

Unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher und gemeinsam mit der Handelskammer Hamburg, lädt der Lateinamerika Verein zum 75. Lateinamerika-Tag in Hamburg ein. Wie schätzen Institutionen und Unternehmen die geopolitische Lage ein und wie stellen sie sich strategisch auf? Welche unterschiedlichen Blickwinkel eröffnen sich auf die sich ändernde Weltordnung und die damit einhergehenden Herausforderungen? Welche Ideen gibt es heute für eine Politik, die Handel und wirtschaftliche Interessen in einer interdependenten Welt stärken kann? Diese und viele weitere Fragen werden beim Lateinamerika-Tag in Hamburg diskutiert. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie auf der [Website des Lateinamerika Vereins](#).

11.11.2024 Dialogreihe #FaireLieferketten

Im Juli 2024 ist die europäische Lieferkettenrichtlinie, die sogenannte CSDDD, in Kraft getreten. Die Bundesregierung plant, die Richtlinie noch in dieser Legislaturperiode in nationales Recht zu überführen, indem das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) entsprechend angepasst wird. In diesen Prozess sollen Erfahrungen aus Unternehmen einfließen und im Dialog mit der Bundesregierung über Chancen und Herausforderungen bei der Gestaltung von fairen Lieferketten gesprochen werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales lädt daher Unternehmen und interessierte Wirtschaftsverbände am 11. November 2024 um 15 Uhr zur Auftaktveranstaltung der Dialogreihe #FaireLieferketten nach Berlin ein. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#). Die Veranstaltung kann auch per [Live-Stream](#) verfolgt werden.

20.-21.11.2024 2. Deutsch-Türkische Wiederaufbaukonferenz in Gaziantep/Türkei

Am 06. Februar 2023 erschütterten mehrere Erdbeben den Südosten der Türkei. Bis heute sind die Schäden an der zerstörten Infrastruktur immens. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) veranstaltet gemeinsam mit der Union der Kammern und Börsen der Türkei (TOBB), der AHK Türkei sowie der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer (TD-IHK) den zweiten Teil der deutsch-türkischen Wiederaufbaukonferenz am 20. und 21. November 2024 in Gaziantep (Türkei). Die Konferenz knüpft an die 2023 stattgefunden erste Wiederaufbaukonferenz an, deren Ziel es war, deutsche Unternehmen mit türkischen Wirtschaftsakteuren im Südosten der Türkei zusammenzubringen, um gemeinsam das Potenzial zur Wiederaufnahme und Intensivierung wirtschaftlicher Aktivitäten zu diskutieren. Interessierte UnternehmensvertreterInnen können sich zur Aufnahme in den Verteiler, für Informationen zum Programm an Philip Jokić (E-Mail: jokic.philip@dihk.de) – Projektreferent Wiederaufbau Türkei bei der DIHK – wenden.

25.11.2024 EUDR kompakt

Eine Veranstaltung der IHK Hannover am 25. November von 9 bis 14 Uhr informiert über die EU Deforestation Regulation (EUDR) und gibt Praxistipps zum Umgang mit der neuen EU-Verordnung. Die EUDR soll eine nachhaltige Lieferkette zum Schutz der Waldgebiete und der biologischen Vielfalt gewährleisten. Die Verordnung ist produktbasiert: Unternehmen, die Holz, Papier, Kaffee, Kakao, Palmöl, Rind, Soja oder Kautschuk sowie

Erzeugnisse, die unter Verwendung dieser Rohstoffe hergestellt werden, also vielleicht Möbel, Autoreifen, Schokolade oder Leder, produzieren oder handeln, dürfen diese nur noch in Verkehr bringen, wenn sie nicht mit Entwaldung oder Waldschädigung in Verbindung stehen. Auch wenn die Europäische Kommission und der Rat der EU eine Verschiebung der EUDR-Verpflichtungen auf den Weg gebracht haben, wird der Geltungsbeginn der Richtlinie bis 2026 in Kraft treten. Für viele Unternehmen ist die im Rahmen der EUDR zu erbringende Dokumentationen eine große Herausforderung: Es fehlt an Daten, geeigneten Werkzeugen zur Umsetzung, Beratung und Hilfestellung. Letztere sollen die Teilnehmer im Rahmen der kostenfreien Veranstaltung in Hannover bekommen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website der IHK Hannover](#).

01.-04.12.2024 Delegationsreise mit Bundesminister Habeck nach Kenia

Wirtschaftsminister Robert Habeck plant vom 1. bis zum 4. Dezember 2024 Kenia zu besuchen. Hierbei ist die Begleitung durch eine Delegation von Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertretern vorgesehen. Das Programm befindet sich derzeit in Planung. In Kenia steht – neben bilateralen Wirtschaftsthemen – der Besuch und die Eröffnung des [German African Business Summit](#) (GABS) im Vordergrund. Wirtschaftsvertreter, die sich für eine Teilnahme an der Reise interessieren, können ihre Interessenbekundung zur Teilnahme an dieser Delegationsreise über den folgenden Link bis zum **6. November 2024**, 18:00 Uhr abgeben: <https://forms.office.com/e/RyGHFmGC0e>

03.12.2024 Brennpunkt zur US-Wahl 2024

Vier Wochen nach der US-Präsidentschaftswahl am 3. Dezember von 17:00 bis 18:30 Uhr lädt die IHK Lüneburg-Wolfsburg zu einer digitalen Brennpunkt-Veranstaltung ein. Gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer der AHK Washington, Dr. Christoph Schemioneck, werden die Ergebnisse der Wahl eingeordnet. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den Konsequenzen für deutsche Unternehmen und die internationale Wirtschaft. Die Veranstaltung findet online über Zoom statt. Eine Anmeldung ist über www.ihklw.de/BrennpunktUSA möglich.

10.-15.12.2024 Reise von Bundespräsident Steinmeier nach Nigeria und Südafrika

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird voraussichtlich von Dienstag, 10. Dezember 2024 (mittags) bis einschließlich Sonntag, 15. Dezember 2024 (am Vormittag), in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation nach Nigeria und Südafrika reisen. Unternehmensvertreterinnen und -vertreter (Vorstandsmitglieder, Geschäftsführerin / Geschäftsführer, Inhaberin / Inhaber), die interessiert sind, den Bundespräsidenten als Mitglied der Wirtschaftsdelegation zu begleiten, haben die Möglichkeit, eine Interessenbekundung elektronisch im Forms-Format bis zum 6. November 2024, 18:00 Uhr, auszufüllen: <https://forms.office.com/e/pwKT4RFYsA>

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Brasilien: Höhere Importzölle für zahlreiche Produkte

(GTAI) Die brasilianische Regierung hat aufgrund von Handelsungleichgewichten den Einfuhrzollsatz von insgesamt 42 Produkten aus verschiedenen Sektoren erhöht. Für folgende Zolltarifnummern gilt die Maßnahme seit dem 15. Oktober 2024 bis zum 14. Oktober 2025:

- 2809.20.11, 2905.14.10, 2907.11.00, 2914.12.00, 2915.31.00, 2915.33.00, 2916.14.10, 2917.12.10 und 3402.39.90. Für diese und weitere Chemikalien wurden die Zollsätze auf zwischen 12,6 und 20 Prozent erhöht.
- 4011.10.00. Der Zollsatz für diese Neureifen aus Kautschuk für PKW, einschließlich Kombinationskraft- ("station wagons") und Rennwagen, beträgt nun 25 Prozent.
- 4810.19.99 und 4810.92.90. Diese Papierprodukte und Karten werden nun mit einem Zollsatz von 16 Prozent belastet.

Röhren mit den Zolltarifnummern 7304.19.00 und 7306.19.00 sind ebenfalls von der Zollerhöhung betroffen. In diesem Fall wurden die Zollsätze für unterschiedliche Zeiträume auf zwischen 12,6 und 25 Prozent erhöht. Außerdem sind für einige dieser Röhren Zollkontingente vorgesehen.

Belgien: Neugestaltung des Zivilrechts

(GTAI) In Belgien läuft eine Reform und umfassende Neugestaltung des Zivilrechts. Germany Trade & Invest (GTAI) hat auf seiner [Website](#) eine Auswahl der wichtigsten neu gefassten Regelungen zusammengestellt und ordnet diese ein.

China: Antidumpingzölle auf Weinbrand aus der EU

(GTAI) Seit dem 11. Oktober 2024 müssen in China bei der Einfuhr von Branntwein aus der EU vorläufige Antidumpingzölle bezahlt werden. Die Höhe der Zölle beträgt zwischen 30,6 und 39 Prozent des Zollwertes. Zölle gelten als Reaktion Chinas auf die europäischen Ausgleichszölle auf chinesische Elektrofahrzeuge. Die Europäische Kommission kündigte an, Chinas Entscheidung bei der Welthandelsorganisation (WTO) anzufechten. "Der Missbrauch von Handelsschutzinstrumenten aus unangemessenen Gründen sei ein klarer Verstoß gegen die WTO-Regeln", so die Kommission in einer Erklärung.

China: Neue Negativliste für ausländische Investitionen

(GTAI) Die chinesische National Development and Reform Commission (NDRC) und das chinesische Handelsministerium (MOFCOM) haben am 8. September 2024 eine neue Version der sogenannten [Negativliste für ausländische Investitionen](#) herausgegeben. Negativlisten verbieten oder beschränken ausländische

Investitionen in bestimmten Branchen. Die neue landesweite Liste besteht aus 29 gelisteten Bereichen in elf Sektoren und ist damit erneut kürzer als die bisherige Fassung vom 27. Dezember 2021. Nun werden die beiden letzten Beschränkungen im Fertigungsbereich gestrichen (vorher Abschnitt 3, Ziffern 6 und 7): die Vorgabe der Kontrolle des Publikationsdrucks durch die chinesische Partei sowie das Investitionsverbot in die Anwendung von Verarbeitungstechnologien im Bereich der Traditionellen Chinesischen Medizin. Am 1. November 2024 wird die neue landesweite Negativliste die Vorgängerversion ersetzen. Daneben müssen ausländische Investoren weiterhin auch die Marktzugangsnegativliste beachten.

China: Praxisleitfaden zu CBAM

(GTAI) Für Unternehmen in China, die in die EU exportieren, und für deutsche Unternehmen mit Lieferanten in China hat die Auslandshandelskammer (AHK) in China einen Praxisleitfaden mit den wichtigsten Informationen zu CBAM in [englischer](#) und [chinesischer](#) Sprache veröffentlicht.

Deutschland: BMWK aktualisiert Hinweise zur Sanktionsumgehung

(BMWK) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat seine Hinweisblätter zur Sanktionsumgehung aktualisiert: [„Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen“](#) sowie [„Sanktionsumgehung – Hinweis ausländische Tochterunternehmen“](#).

Deutschland: Implementierung von NCTS Phase 5 in ATLAS verzögert sich

(Zoll) Die geplante Inbetriebnahme einer Schnittstelle zwischen den IT-Systemen „ATLAS-Versand“ und „ATLAS-Ausfuhr“ sollte am 23. November 2024 erfolgen. Dieser Termin kann nicht eingehalten werden, wie der deutsche Zoll mitteilt, so dass die Schnittstelle vorerst ausgesetzt bleibt. Hintergrund ist, dass die vollständige Umstellung auf NCTS Phase 5 erst dann möglich sein wird, wenn alle teilnehmenden EU-Staaten ihre nationalen Versandanwendungen angepasst haben. Der derzeit geplante Termin für die endgültige Einführung ist nun der 22. Januar 2025, wobei dieser Termin noch bestätigt werden muss. Bis Ende 2025 verfolgt die EU-Kommission das zentrale Ziel, schrittweise die im Unionszollkodex (UZK) aufgeführten Zoll-IT-Systeme EU-weit zu harmonisieren. Dies beinhaltet unter anderem die einheitliche, elektronische Abwicklung von Versandverfahren über das [„New Computerised Transit System“](#) (NCTS) im Einklang mit allen definierten Anforderungen des UZK. Mit der EU-weiten Einführung der NCTS Phase 5, die ursprünglich für Ende 2024 geplant war, soll ein weiterer Schritt zur Harmonisierung der Zoll-IT-Systeme umgesetzt werden. NCTS Phase 5 verfolgt neben der Anpassung an den UZK mehrere wichtige Ziele. Dazu gehören die Steigerung der Effizienz durch Automatisierung der Zollprozesse, die Einführung neuer Sicherheitsprotokolle zum Datenschutz und zur Betrugsprävention sowie die Verbesserung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Warenverkehr.

Ecuador: Niedrige Importabgaben für Stromerzeuger

(GTAI) Im Hinblick auf die Energiekrise in Ecuador ist der Mehrwertsteuersatz auf Importe von elektrischen Generatoren, deren Teilen und Komponenten auf null Prozent gesenkt worden. Der Nullsteuersatz gilt vom 3.

Oktober 2024 bis zum 31. Dezember 2024. Weitere Maßnahmen umfassen die Zollsätze für Elektrogeräte mit den Zolltarifnummern 8502.11.10.00, 8502.11.90.00, 8502.12.10.00, 8502.12.90.00, 8502.13.90.00, 8502.20.10.00, 8502.20.90.00, 8502.31.00.00, 8502.39.10.00 und 8502.39.90.00. Diese sind auf null Prozent gesenkt worden. Die Zollsenkung gilt seit dem 11. Oktober 2024 bis zum 11. Oktober 2025.

EU: Aktualisierte Liste nicht kooperativer Länder für Steuerzwecke

(DIHK) Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union haben auf ihrer Tagung Anfang Oktober 2024 die [Liste der nicht kooperativen Steuergebiete](#) aktualisiert. In diesem Rahmen wurde unter anderem Antigua und Barbuda von der so genannten "Schwarzen Liste" gestrichen. Mit den Listen will die EU erreichen, dass Länder außerhalb der Europäischen Union steuerlich transparenter werden, die Erschaffung von Offshore-Strukturen erschweren und möglichen Gewinnverlagerungen stärker entgegenwirken. Sie sind mit Nachteilen für Unternehmen verbunden, die geschäftlich in den aufgezählten Jurisdiktionen aktiv sind: Es gilt eine Art Beweislastumkehr aufgrund staatlicher Abwehrgesetze, weshalb die Unternehmen mehr Daten liefern und dadurch beweisen müssen, dass sie tatsächlich "echten" wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen.

EU: Europäische Kommission schlägt Verschiebung der EUDR vor

(EU) Die Europäische Kommission hat am 16. Oktober 2024 eine Verschiebung der Verordnung zu Entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) um ein Jahr vorgeschlagen. Der Rat der EU stimmt laut [Pressemitteilung vom 16. Oktober](#) dem Vorschlag der Kommission zu, den Geltungsbeginn der EUDR zu verschieben. Wenn auch das Europäische Parlament zustimmt, sind die EUDR-Verpflichtungen verbindlich ab dem 30. Dezember 2025 für Großunternehmen und Händler sowie ab dem 30. Juni 2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen (statt des 30. Dezember 2024 bzw. 30. Juni 2025). Gleichzeitig hat die Kommission mit dem Vorschlag zur Verschiebung ein [Leitliniendokument](#) und eine dritte erweiterte Ausgabe der [FAQs](#) zur EUDR veröffentlicht.

EU: Konsultation – geografische Angaben aus Georgien

(EU) Europäische Kommission prüft, ob bestimmte geografische Angaben aus Georgien auch in der Europäischen Union geschützt werden sollen. Hintergrund ist das Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien, das eine solche Möglichkeit vorsieht. Die Kommission räumt allen Mitgliedstaaten und Drittländern sowie allen in einem Mitgliedstaat oder Drittland ansässigen oder niedergelassenen natürlichen oder juristischen Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, die Möglichkeit ein, Einspruch gegen einen solchen Schutz einzulegen. Der Einspruch muss hinreichend begründet sein. Der Einspruch muss innerhalb von drei Monaten nach dem Datum der Veröffentlichung, also bis spätestens 16. Januar 2025, bei der Europäischen Kommission eingehen. Um welche geografischen Angaben es sich handelt, steht in der [Bekanntmachung vom 17. Oktober 2024](#).

EU: Neue Einreihungsentscheidungen bei der Kombinierten Nomenklatur

(GTAI) Für taktische Einsatzroboter und Projektoren mit Tunern sind Einreihungsentscheidungen bei der Kombinierten Nomenklatur getroffen worden. Die Kombinierte Nomenklatur (KN) ist ein EU-einheitliches

Warenverzeichnis, bestehend aus jeweils achtstelligen Warennummern. Demnach ist ein taktischer Einsatzroboter als "andere Apparate zum Verspritzen von Flüssigkeiten" unter dem folgenden KN-Code einzureihen: 8424 89 70. Ein Projektor mit Tuner ist als "Projektionsfernsehgerät" unter dem folgenden KN-Code einzureihen: 8528 72 10. Details zur Einreihung finden Sie auf der Website von GTAI in einem Online-Artikel zum [taktischen Einsatzroboter](#) sowie zum [Projektor mit Tuner](#).

EU: Verlängerung der Sanktionen gegen Guinea und Nicaragua

(EU) Die Europäische Union hat die bestehenden restriktiven Maßnahmen gegenüber Guinea bis zum 27. Oktober 2025 verlängert. Auch die Sanktionen gegen Nicaragua sind bis zum 15. Oktober 2025 verlängert worden. Die restriktiven Maßnahmen wurden im Oktober 2019 angesichts der politischen Lage in Nicaragua eingeführt. Aktuell unterliegen 21 Personen und drei Organisationen den restriktiven Maßnahmen.

EU: Verwendung tatsächlicher CBAM-Emissionsdaten

(EU) Seit dem 1. August 2024 müssen zur Erstellung eines CBAM-Berichts tatsächliche Emissionsdaten verwendet werden. Sollten keine Daten über tatsächliche Emissionen von Lieferanten und/oder Herstellern zu den CBAM-Waren zur Verfügung stehen, müssen Unternehmen darlegen, dass sie alle notwendigen und verhältnismäßigen Schritte unternommen haben und aus welchen Gründen es ihnen nicht möglich war die erforderlichen Daten zu den CBAM-Waren von Ihren Lieferanten und/oder Herstellern zu erhalten. Weiteres dazu finden Sie auf der [Website der Deutschen Emissionshandelsstelle](#) (DEHSt).

Italien: Baustellenpunktführerschein ist Pflicht

(AHK) Bereits seit dem 1. Oktober 2024 gilt: Unternehmen und Selbständige, die auf Baustellen in Italien tätig sind, müssen bei der italienischen Nationalen Arbeitsaufsichtsbehörde (INL) einen sogenannten Punktführerschein auf Baustellen „patente a crediti“ beantragen. Bei Nichtvorliegen eines solchen Führerscheins oder dessen Beantragung drohen empfindliche Sanktionen/Strafen. Die Auslandshandelskammer (AHK) Italien bietet deutschen Unternehmen Unterstützung und hat ein [Merkblatt](#) zu dem Thema veröffentlicht.

Kenia: Einführung des Digital Nomad Visum

(GTAI) Die kenianische Regierung hat ab dem 1. Oktober 2024 ein Visum für digitale Nomade (Class N Visum) eingeführt. Wer einen Antrag auf ein solches Visum stellen möchte, benötigt einen gültigen Reisepass, einen Beschäftigungsnachweis oder einen Geschäftsvertrag (bei Freiberuflern), Nachweis über ein Einkommen von mindestens 55.000 US-Dollar, Nachweis über eine Unterkunft in Kenia und ein Führungszeugnis ohne strafrechtliche Eintragungen. Nicht erlaubt ist es, mit einem solchen Visum in Kenia zu arbeiten. Es darf weder ein Jobangebot vor Ort angenommen noch auf andere Art und Weise Einkommen in Kenia generiert werden. Selbständige dürfen nur auf Basis von Verträgen mit Auftraggebern außerhalb Kenias arbeiten. Einige Parameter dieses neuen Visums sind allerdings noch unklar - beispielsweise wie lange ein Visum für digitale Nomaden gültig sein wird. Auch das Antragsverfahren und die Bearbeitungszeiten wurden noch nicht konkretisiert.

Libyen: Exporte müssen vorab registriert werden

(GTAI) Nachdem Ägypten 2022 ein ACI-System zur Vorabanmeldung von Frachtinformationen eingeführt hat, zieht das Nachbarland Libyen nach und testet seit dem 30. Juli 2024 ebenfalls die [Advanced Cargo Information \(ACI\)](#). Am 1. November 2024 endet die Testphase. Ab diesem Zeitpunkt müssen nach Angaben der Zollverwaltung alle Exporte vor dem Versand nach Libyen im ACI-System angemeldet werden. Für die Registrierung ausländischer Exporteure hat die Zollverwaltung ein englisches [Handbuch](#) und ein [Erklärvideo](#) erstellt. Neben den Exporteuren oder ihren Vertretern sind folgende Parteien am ACI-System beteiligt: Reedereien, Speditionen, Importeure und Zollagenten in Libyen, die libysche Zollverwaltung sowie andere libysche Behörden, je nach Warenart und Zuständigkeit. ACI-System ist Teil des Rahmenwerks „[SAFE Framework](#)“ der Weltzollorganisation. Dieses soll zur Sicherheit und Erleichterung des globalen Handels beitragen.

USA: Drohende Meldefrist beim Corporate Transparency Act

(GTAI) Im Jahr 2021 hat der US-Kongress den Corporate Transparency Act (CTA) verabschiedet, der Unternehmen dazu verpflichtet, Berichte über die wirtschaftlichen Eigentümer beim Financial Crimes Enforcement Network (FinCEN) des US-Finanzministeriums einzureichen. Unternehmen unterliegen den Meldepflichten des CTA, wenn es sich um eine Corporation oder Limited Liability Company handelt sowie ähnliche Unternehmen, die nach dem Recht eines US-Bundesstaates gegründet worden sind. Zu beachten ist allerdings, dass einige Geschäftstypen existieren, die von der Meldepflicht ausgenommen sind. Die Fristen für die Einreichung des ersten Berichts variieren und sind abhängig davon, wann das meldepflichtige Unternehmen gegründet worden ist. Meldepflichtige Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2024 gegründet worden sind, haben bis zum 1. Januar 2025 Zeit, ihren Meldepflichten nachzukommen. Meldepflichtige Unternehmen können die entsprechenden Informationen über die [FinCEN-Website](#) einreichen.

USA: Fünf Bundesstaaten entscheiden über Erhöhung des Mindestlohns

(GTAI) Am 5. November 2024 können die Wählerinnen und Wähler in den US-Bundesstaaten Alaska, Arizona, Kalifornien, Massachusetts und Missouri neben der Präsidentschaftswahl zusätzlich darüber abstimmen, ob der Mindestlohn in ihrem Bundesstaat erhöht wird.

USA: Updates zu Schutzzöllen und definierten Ausnahmen

(GTAI) Präsident Joe Biden kündigte im Mai 2024 eine Erhöhung der Schutzzölle auf zahlreiche Waren mit Ursprung in China an. Die US-Handelsbeauftragte veröffentlichte nun die endgültige Produktliste. Von der Erhöhung der Schutzzölle sind insbesondere Elektro- und Hybridfahrzeuge betroffen. Für sie soll ein Schutzzoll von 100 Prozent gelten (bisher: 25 Prozent). Ebenso wird für Spritzen und medizinische Nadeln ein Schutzzoll von 100 Prozent gelten. Für Halbleiter, Solarzellen und Gesichtsmasken soll künftig ein Schutzzoll von 50 Prozent gelten. Batterien und Teile davon, Grafit und andere Mineralien, Cobalt- und Wolframerze, Permanentmagneten, Hafenkranen sowie Waren aus Stahl und Aluminium sollen künftig einem Strafzoll von 25 Prozent unterliegen. Für viele Produkte (beispielsweise Stahlprodukte) sollen diese Schutzzölle noch im Jahr 2024 in Kraft treten. Für

einige Produkte werden sie erst ab 2025 oder 2026 gelten. Die jeweilige Höhe der Schutzzölle und der jeweilige Geltungszeitpunkt sind aus dem US-Zolltarif ersichtlich (bei Eingabe der Zolltarifnummer in das Suchfeld). Umfangreiche Ausnahmen soll es für bestimmte Maschinen geben. Die US-Handelsbeauftragte hatte am 18. September 2024 eine Liste förderungswürdiger Maschinen veröffentlicht. Am 15. Oktober 2024 hat sie ein elektronisches Portal für Anträge auf Ausnahmen für Maschinen eröffnet. Ausrüstung für die Solarproduktion und bestimmte Hafenkranen (abhängig von den kaufvertraglichen Voraussetzungen) sollen ebenfalls von den Schutzzöllen ausgenommen sein.

Vereinigte Arabische Emirate: Beglaubigung von Dokumenten im neuen eDAS-System

(DIHK) Seit 2023 müssen Handelsrechnungen für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mittels des sogenannten Electronic Attestation Service (eDAS) elektronisch beglaubigt werden. Eine neue Version des eDAS setzt jetzt voraus, dass nur Unternehmen oder Personen mit einem VAE-Pass sich registrieren und einloggen können. Da deutsche Unternehmen in der Regel keinen VAE-Pass erhalten können, sind nun die Kunden bzw. Importeure in den VAE dafür verantwortlich, die Beglaubigung der Rechnungen und Ursprungszeugnisse über die eDAS-Seite durchzuführen. Wie mit Handelsrechnungen und Ursprungszeugnissen für in die VAE importierte Waren nun bei der Anmeldung im neuen eDAS 2.0 umzugehen ist, hat die Zollbehörde der VAE in einer [Handreichung in englischer Sprache](#) zusammengestellt.

Vereinigtes Königreich: Sicherheitsanmeldungen für EU-Importe erst 2025 verpflichtend

(GTAI) Die britische Regierung hat bekannt gegeben, dass summarische Eingangsanmeldungen (Safety and Security Declarations) für Einfuhren aus der EU erst ab 31. Januar 2025 verpflichtend sind. Seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gilt für Importe aus der EU eine vorübergehende Ausnahme in Bezug auf summarische Eingangsanmeldungen. Die Einführung war in den vergangenen Jahren mehrmals verschoben worden. Das Border Target Operating Model sah eine Umsetzung ab dem 31. Oktober 2024 vor. Nun hat die britische Regierung diese Frist erneut verschoben

Ländernotizen

Argentinien: Pharmaindustrie hofft auf bessere Zeiten

(GTAI) – Die Rezession der argentinischen Wirtschaft trifft auch die Pharmabranche. Erste positive makroökonomische Signale geben aber die Zuversicht auf eine absehbare Erholung. Spätestens ab 2026 soll der Absatz von Medikamenten in Argentinien wieder steigen. Außerdem hat sich das Land als wichtiger Standort für klinische Forschung etabliert. So ist Argentinien nach Brasilien und Mexiko der drittgrößte Pharmamarkt Lateinamerikas. Im Jahr 2023 fielen etwa 12,7 Prozent der Arzneimittelverkäufe der Region auf Argentinien. Der Branchenverband CILFA prognostiziert für Lateinamerika insgesamt ein Jahresplus von 3 bis 5 Prozent zwischen 2024 und 2028. Für Argentinien erwartet CILFA eine Verringerung des Inlandsabsatzes (ohne Importe) von minus 5 Prozent für 2024 auf und für 2025 eine Stagnation. Ab 2026 soll der Absatz jedoch wieder anziehen.

Brasilien: Weiterhin attraktiver Investitionsstandort

(GTAI) – Mit seinem robusten Binnenmarkt, dem wachsenden Dienstleistungssektor und Chancen bei grüner Energie bleibt Brasilien ein attraktiver Investitionsstandort. Mit über 200 Millionen Einwohnern ist Brasilien der größte Markt Lateinamerikas und ein wichtiger Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2024 wird das Land laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf Platz 8 der größten Volkswirtschaften weltweit aufsteigen. Ausländische Investoren setzen auf das Potenzial des BRICS- und Mercosur-Staats: Im Jahr 2023 war Brasilien der fünftgrößte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen weltweit. Kernsektoren der brasilianischen Wirtschaft sind die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie, der Bergbau sowie der Automobil- und Maschinenbau. Eine wichtige Zukunftsbranche sind die erneuerbaren Energien, dank dem enormen Potenzial an Wasser-, Wind-, Solarkraft und Biomasse. Für das erste Halbjahr 2024 meldet die brasilianische Regierung 188 Ankündigungen ausländischer Investitionen im Wert von insgesamt 28,5 Milliarden US-Dollar. Die wichtigsten Sektoren mit Projektankündigungen internationaler Unternehmen waren die Automobilindustrie (14,2 Milliarden US-Dollar), die Papierherstellung (4,6 Milliarden US-Dollar), Stromerzeugung aus Biomasse (1,4 Milliarden US-Dollar) sowie Datenverarbeitung und Hosting-Dienste (1,3 Milliarden US-Dollar).

Chile: Spürbare Präsenz von China

(GTAI) – Für Chile ist China der mit Abstand größte Absatzmarkt weltweit. In den vergangenen Jahrzehnten stieg der Anteil der Exporte nach China schrittweise auf zuletzt fast 39 Prozent. Ein großer Teil davon entfällt auf Kupfer. Auch bei Lithium ist die Volksrepublik der wichtigste Abnehmer. Beide Rohstoffe sind essenziell für die Energiewende. Gefragt sind außerdem Wein, Lachs und Kirschen. Im ersten Halbjahr 2024 gingen 45 Prozent der landwirtschaftlichen Exporte (mit Fisch- und Forstwirtschaft) nach China; bei Industriegütern lag der Anteil bei 14 Prozent. Auch der Anteil Chinas an den chilenischen Importen bewegt sich nach oben. Lag er 2002 noch bei 7 Prozent, so beträgt er mittlerweile mehr als 20 Prozent. Allerdings war die Einfuhr zuletzt rückläufig. Das liegt vor allem an dem Hoch der China-Importe während der Corona-Pandemie, als viele westliche Hersteller Lieferprobleme hatten. Firmen aus der Volksrepublik hingegen, wie der Autobauer Chery, verfügten über volle Lager. Ein weiterer Nutznießer war Lenovo. Der Homeoffice-Boom bescherte dem Computerhersteller Rekordverkäufe.

Abgesehen vom Handel engagieren sich chinesische Firmen in Chile strategisch gezielt im Bergbau, speziell Lithium, sowie im Wasser- und Stromsektor. Sie investieren auch in die Land-, Aqua- und Forstwirtschaft sowie den Weinbau. Schlagzeilen machten der Einstieg von China State Grid beim Netzbetreiber Chilquinta in Valparaíso für 2,2 Milliarden US-Dollar im März 2020 und ein Jahr später der Kauf des Netzbetreibers CGE aus Santiago für rund 3 Milliarden US-Dollar. Der chinesische IT-Konzern betreibt zwei Rechenzentren im Land, der Bau eines dritten ist angekündigt.

Litauen: Standort für Investitionen aus dem Ausland

(GTAI) – Litauen ist mit 2,7 Millionen Einwohnern das größte baltische Land. Es ist seit 2004 Mitglied der EU und der NATO und führte 2015 den Euro als offizielle Währung ein. Deutschland ist vor Estland und Schweden größter ausländischer Investor in Litauen. Auch die USA spielen bei Investitionen eine große Rolle. Da die amerikanischen

Firmen die Vorhaben über Tochterfirmen in Europa finanzieren, tauchen die USA aber in der Liste der wichtigsten Investitionsländer nicht auf. Die Litauische Zentralbank beziffert das gesamte amerikanische Investitionsvolumen bis Ende 2022 auf 5,6 Milliarden Euro.

Ausländische Direktinvestitionen flossen bisher mit 10,5 Milliarden Euro in den litauischen Finanzmarkt. Besonders Banken aus Skandinavien haben in Litauen investiert. Im verarbeitenden Gewerbe summieren sich die Investitionsprojekte auf rund fünf Milliarden Euro. Vor allem die Hersteller von Erdöl, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen stechen dabei hervor. Auch der litauische Handel hat mit fast 3,5 Milliarden Euro bereits eine Reihe von ausländischen Investitionen verzeichnet. Mit Lidl ist auch ein deutsches Unternehmen vertreten. Auch andere deutsche Firmen zeigen Interesse am litauischen Investitionsstandort. So gab im Sommer 2024 der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall bekannt, ein Werk in Litauen zu bauen. Die Commerzbank will im Dezember 2024 eine Repräsentanz in Litauen eröffnen, auch um von hier aus Estland und Lettland zu bedienen. Zu den größten ausländischen Investoren in Litauen zählt zudem der deutsche Automobilzulieferer Continental. Das Unternehmen hat seine Produktionsstätte in Kaunas in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut.

Mexiko: Intensiver Wettbewerb um Fachkräfte

(GTAI) – Mexiko hat sich als Produktionsstandort für hochwertige Güter etabliert, darunter Autos (auch Premium- und Elektromodelle), optische Geräte sowie IT-Produkte. Zudem ist das Land ein wichtiger Standort für Dienstleistungen in der Luft- und Raumfahrt. Die Bevölkerung ist jung, das Durchschnittsalter beträgt 29 Jahre. Wer Personal für eine Vertriebsniederlassung sucht, wird geeignete Bewerber finden. Den Bedarf an qualifiziertem Personal für technische Berufe jedoch können die Schulabgänger nicht decken. Daher müssen die Unternehmen traditionell ihre Fachkräfte selbst ausbilden. Dabei können sie in einigen Branchen auf die duale Berufsausbildung zurückgreifen. Zur Verfügung steht ihnen das deutsche und das mexikanische Modell der dualen Berufsausbildung; in beiden Fällen sind deutsche Partnerorganisationen eingebunden, um es landesweit auf- und auszubauen. Diese Berufsbildungspartnerschaft trägt auch der Tatsache Rechnung, dass Mexiko nach den USA Deutschlands zweitwichtigster Handelspartner in Amerika ist – 2.100 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung sind im Land registriert.

Neuseeland: Modernisierung des Flughafens Auckland nimmt Fahrt auf

(GTAI) – Der Flughafen von Neuseelands Hauptstadt Auckland wird erweitert. In einer ersten Phase werden 860 Millionen US-Dollar für die Modernisierung des 60 Jahre alten Flughafens investiert. Mit dem neuen Hauptgebäude und einem 240 Meter langen Flugsteig wird 44 Prozent mehr Abfertigungsfläche für Passagiere geschaffen. Die Sitzplatzkapazität für Fluggesellschaften erhöht sich nach Angaben der Projektplaner um 26 Prozent. Nach der Modernisierung können bis zu 20.000 Passagiere pro Tag abgewickelt werden – eine Steigerung um 33 Prozent gegenüber der derzeitigen Abfertigungskapazität. Das Terminal wird zwölf Flugsteige umfassen, von denen sechs für die Abfertigung von Großraumflugzeugen nach Flugplatzbezugscode E (Flügelspanne 52 bis 65 Meter) geeignet sind. Das neue Inlandsterminal ist die erste Terminalerweiterung des Flughafen Aucklands seit 50 Jahren. Zudem zielt die Modernisierung auf eine Reduzierung der laufenden Betriebsemissionen um 30 Prozent ab. Unter anderem sollen ausschließlich energieeffiziente, strombetriebene

Heiz- und Kühlsysteme installiert werden. Weiterhin möchte der Flughafenbetreiber die Nutzung nachhaltiger Flugzeugtreibstoffe fördern. Darüber hinaus sollen teilweise nachhaltige Baumaterialien wie Holz verwendet werden.

Polen: Regierung will Mindestabstand für Windkraftanlagen lockern

(GTAI) – Das polnische Klimaministerium hat dazu eine Reform präsentiert, um die Abstandsregeln für Windräder zu lockern. Demnach soll der Mindestabstand zwischen einer Windkraftanlage und einem Gebäude in Zukunft 500 Meter betragen. Die entsprechende Gesetzesvorlage durchläuft nun einen öffentlichen Beratungsprozess, bevor sie an das Parlament geht.

Saudi-Arabien: Medizintechnikmarkt wächst kräftig

(GTAI) – Im saudi-arabischen Medizintechniksektor setzt sich der seit 2022 zu verzeichnende Wachstumstrend fort. Nach Angaben der saudischen Statistikbehörde stiegen die Medizintechnikimporte zwischen 2021 und 2023 um 42 Prozent auf den neuen Spitzenwert von 2,34 Milliarden US-Dollar. Besonders starke Dynamik wird im Bereich Digital-Health erwartet. In Saudi-Arabien wird der Medizintechnikmarkt zu über 90 Prozent durch ausländische Hersteller versorgt. Die Inlandsproduktion beschränkt sich gegenwärtig im Wesentlichen auf medizinische Verbrauchsartikel (Spritzen, Kunststoffprodukte etc.).

Slowakei: Fachkräftemangel in der Chemieindustrie

(GTAI) – Die chemische Industrie ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der Slowakei. Ein großes Problem für ist jedoch der akute Fachkräftemangel. Der Branchenverband ZCHFP verweist auf das geringe Interesse junger Leute in der Slowakei an einer Ausbildung in chemischen Berufen. Gleichzeitig stünden viele Beschäftigte kurz vor dem Eintritt ins Rentenalter. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Chemieindustrie ist innerhalb eines Jahres um 4 Prozent gesunken. Zugleich nimmt der Lohndruck zu, der Durchschnittslohn in der Chemiebranche beträgt inzwischen mehr als 2.000 Euro pro Monat.

Thailand: Nachfrage nach Agrartechnik

(GTAI) – In Thailand steigt der Bedarf an landwirtschaftlichen Geräten, der Arbeitskräftemangel und höhere Standards erfordern neue Agrartechnologien - auch aus dem Ausland. Der Landwirtschaftssektor erwirtschaftete 2023 Exporterlöse von 39 Milliarden US-Dollar. Damit belegte er unter den Exportbranchen nach der Elektronikindustrie den zweiten Platz, beschäftigt 30 Prozent aller Arbeitskräfte und gehört damit zu den größten Produzenten weltweit. Der thailändische Agrarsektor hat im Vergleich zu Industrieländern jedoch einen Rückstand aufzuholen. Vor allem der Einsatz von großen, teuren Landmaschinen ist gering. Einer Studie von Krungsri Research zufolge hatte der thailändische Markt für Landwirtschaftsmaschinen 2022 ein Volumen von rund 5 Milliarden US-Dollar. Inländische Produkte bedienten 71 Prozent der Nachfrage; die Importe in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar deckten den Rest des Marktes ab.

Tschechien: Milliardenhilfen für Hochwassergebiete

(GTAI) – Tschechien erlebte im September 2024 eines der verheerendsten Hochwasser seiner Geschichte. Der Wiederaufbau der überfluteten Gebiete kostet allein für die Wiederherstellung der Kanalisation 80 Millionen Euro. Die Regierung schätzt den Gesamtschaden der Septemberflut auf mehrere Milliarden Euro. Rund 2 Milliarden Euro bekommt Tschechien aus den EU-Kohäsionsfonds. Außerdem kann Prag beim EU-Katastrophenschutzverfahren Hilfen beantragen. Der Staat will betroffenen Firmen die Strafzahlungen für verspätete Steuerzahlungen erlassen. Unternehmen, deren Beschäftigte wegen der Flut nicht arbeiten können, sollen die Hälfte der Lohnzahlungen subventioniert bekommen.

Veröffentlichungen

Asien-Pazifik-Sonderauswertung des AHK World Business Outlook Herbst 2024

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat eine Sonderauswertung des AHK World Business Outlook Herbst 2024 für die Asien-Pazifik-Region erstellt. An der Befragung haben sich weltweit rund 3.500 Unternehmen mit engem Deutschlandbezug beteiligt. Darunter 643 Antworten aus der Region Asien-Pazifik (ohne Greater China) und 178 aus der Region Greater China. Die Sonderauswertung finden Sie auf der [Internetseite der DIHK](#).

DIHK-Außenwirtschaftsreport 2024

Deutsche Exporteure sehen sich zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert, die durch geopolitische Spannungen und verschärfte Handelsanforderungen hervorgerufen werden. Dies geht aus dem aktuellen [Außenwirtschaftsreport](#) der IHK-Organisationen hervor, die mehr als 6.000 deutsche Exportunternehmen befragten. Neue Vorschriften und internationalen Konflikte setzen die deutschen Exporteure unter Druck. So stellt der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) eine erhebliche bürokratische Hürde dar. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMUs) sind in höherem Maße betroffen: Geopolitische Risiken sowie strenge Berichtspflichten im Nachhaltigkeitsbereich belasten diese Unternehmen angesichts ihrer kleineren Betriebsgröße überproportional. Viele Unternehmen stoßen bei den strikteren Berichtspflichten oft an ihre Grenzen. Die zusätzlichen Anforderungen binden Zeit und Personal, die für Innovationen fehlen.

DIHK-Impulspapier zum Westbalkan

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat gemeinsam mit dem AHK-Netzwerk ein Impulspapier zum Westbalkan erarbeitet, welches Vorschläge für weitere Schritte der wirtschaftlichen Integration der Staaten in dieser Region in Richtung EU enthält. Das Impulspapier finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

Ideenpapier der IHK-Organisation zur Exportkontrolle

Im Rahmen der Interessenvertretung hat die IHK-Organisation das [Ideenpapier Exportkontrolle](#) veröffentlicht. Es fasst wichtige Aspekte zur Verbesserung der exportkontrollrechtlichen Rahmenbedingungen zusammen, die regelmäßig in der Politikberatung thematisiert werden. Eine gut strukturierte Exportkontrolle ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Wachstumsziele der deutschen Wirtschaft zu unterstützen.

Herbstumfrage zur Stimmung in der deutsch-britischen Wirtschaft

Das Ergebnis der im Oktober 2024 durchgeführten Herbstumfrage der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer (AHK Großbritannien) verdeutlicht den Wunsch vieler befragter Unternehmen, das Verhältnis zur EU weiter zu verbessern, um deutliche Handelserleichterungen zu erhalten. Die detaillierten Ergebnisse der Umfrage finden Sie auf der [Website der AHK Großbritannien](#).

Studie zur Unterbrechung von Lieferketten

Anfang Oktober 2024 veröffentlichte die Europäische Investitionsbank (EIB) in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU (DG GROW) eine Studie zum Thema "Bewältigung von Lieferkettenunterbrechungen". Die Studie untersucht anhand von Daten aus zwei Umfragen, wie europäische Firmen von Unterbrechungen der Lieferketten betroffen waren und diese bewältigten. Die Studie finden Sie auf der [Website der DIHK](#).

Verschiedenes

Bericht: EU-Handelsschutz sicherte eine halbe Million Arbeitsplätze

Laut einem [Bericht über die handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU im Jahr 2023](#) spielen handelspolitische Schutzmaßnahmen eine wesentliche Rolle beim Schutz von Arbeitsplätzen in der EU. Ende 2023 waren in der EU insgesamt 182 Handelsschutzmaßnahmen in Kraft, darunter 156 Antidumpingmaßnahmen, 25 Antisubventionsmaßnahmen und eine Schutzmaßnahme. Im Jahr 2023 wurden doppelt so viele neue Untersuchungen eingeleitet wie im Jahr 2022. Diese deutliche Zunahme unterstreicht die Entschlossenheit der Kommission, gegen die zunehmenden Fälle von unlauterem Handel vorzugehen. Die Zahl der durch diese Maßnahmen in der EU geschützten Arbeitsplätze stieg erheblich – auf fast 500.000 direkte Arbeitsplätze Ende 2023 gegenüber 365.000 im Jahr 2018 – an. Strategische Wirtschaftszweige wie die Windenergie-, Solarglas- und Glasfaserbranche, die für den grünen und den digitalen Wandel in der EU von entscheidender Bedeutung sind, haben davon profitiert. Außerdem kommen die Maßnahmen Wirtschaftszweigen zugute, in denen die für unfaire Handelspraktiken besonders anfälligen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stark vertreten sind.

Verbundprojekt zur Automobil- und Zulieferindustrie in Marokko

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) organisiert die Commit Project Partners GmbH ein einjähriges Verbundprojekt zum Thema Automobil- und Zulieferindustrie Marokko. Ziel des Verbundprojekts ist es, den teilnehmenden deutschen Unternehmen durch ein zunächst auf ein Jahr ausgelegtes Programm mithilfe eines Instrumentariums der BMWK-Außenwirtschaftsförderung den gezielten Einstieg in den marokkanischen Markt zu ermöglichen und nachhaltige Geschäftsbeziehungen zu Partnern aus der Automobilbranche auszubauen. Das Projekt beinhaltet diverse Programmelemente wie Webinare, Workshops, eine Informationsveranstaltung, Geschäftsreisen nach Marokko und eine Einkäufer- und Informationsreise einer marokkanischen Delegation nach Deutschland. Die deutschen Unternehmen erhalten neben einer allgemeinen Zielmarktanalyse auch individuelle Marktinformationen. Weitere Informationen finden Sie auf der [Projektseite](#) der Commit Project Partners GmbH. Anmeldeschluss ist der 10. Januar 2025.

Webinar-Reihe „EPR Reporting & Compliance in Frankreich, Deutschland und Europa“

Die Deutsch-Französische Handelskammer (AHK Frankreich) lädt zu einer Webinar-Reihe zu EPR-Verpflichtungen (Extended Producer Responsibility) in Frankreich, Deutschland und Europa ein. Die Teilnehmer erhalten Informationen über die relevanten EPR-Themen und aktuelle Tendenzen im Bereich der Umwelt-Compliance. Weiteres und alle Termine finden Sie auf der [Website der AHK Frankreich](#).

Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1
21335 Lüneburg

Ansprechpartner:

Leonardo Csuraji, Tel.: 04131-742 127, Email: leonardo.csuraji@ihklw.de
Christiane Hewner, Tel.: 04131-742 161, Email: christiane.hewner@ihklw.de

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK oder AHK angefordert werden.

Detaillierte Informationen zu internationalen Märkten finden Sie darüber hinaus auf der [Webseite der IHKLW](#).